Gehörlosenverband Berlin e.V.

PRESSEMITTEILUNG 01/2026

Gewalt kennt keine Sprachgrenzen der Schutz darf es auch nicht

Gehörlosenverband Berlin e.V. fordert verbindliche Maßnahmen des Berliner Senats zum Schutz gehörloser Frauen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt…

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen fordert der Gehörlosenverband Berlin e.V. einen konsequenten Ausbau barrierefreier Schutz und Beratungsangebote für gehörlose Frauen in der Bundeshauptstadt

Berlin steht vor der Aufgabe, ein Gewaltschutzsystem sicherzustellen, das allen betroffenen Frauen unabhängig von ihrer Behinderung und ihren sprachlichen Voraussetzungen offensteht…

Für gehörlose Frauen bedeutet ein wirksamer Gewaltschutz insbesondere einen unmittelbaren Zugang zu Informationen, vertraulicher Beratung, Notrufen und professioneller Unterstützung in Deutscher Gebärdensprache DGS

Häusliche Gewalt in Berlin dringender Handlungsbedarf

Im Jahr 2025 wurden in Berlin 20.160 Menschen als Opfer häuslicher Gewalt polizeilich registriert. Dies entspricht einem Anstieg von 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rund 70 Prozent der Betroffenen waren weiblich….

Eine bundesweite wissenschaftliche Untersuchung zur Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen ergab, dass 44 Prozent der befragten gehörlosen Frauen sexuelle Gewalt im Erwachsenenleben erfahren hatten…

Diese Erkenntnisse verdeutlichen die Notwendigkeit, die besonderen Lebenssituationen gehörloser Frauen bei der Weiterentwicklung des Berliner Gewaltschutzsystems gezielt zu berücksichtigen…

Kommunikative Barrierefreiheit muss verbindlicher Standard werden

Das Gewalthilfegesetz des Bundes verpflichtet die Länder ab dem 1. Januar 2027 zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Schutz und Beratungsnetzes. Ab 2032 erhalten gewaltbetroffene Frauen und ihre mitbetroffenen Kinder einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung….

Bei der Umsetzung dieses Gesetzes muss Berlin die besonderen Bedarfe gehörloser Frauen konsequent berücksichtigen..

Der Gehörlosenverband Berlin e.V. fordert, kommunikative Barrierefreiheit nicht als freiwillige Zusatzleistung, sondern als festen Bestandteil des Gewaltschutzsystems zu behandeln…

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland insbesondere zum Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Gewalt, zur Gewährleistung von Barrierefreiheit und zur gleichberechtigten Kommunikation..

Sieben Maßnahmen für einen barrierefreien Gewaltschutz in Berlin

1. Gesetzlich abgesicherte WIS-App rund um die Uhr

Berlin soll eine verbindliche gesetzliche Grundlage für einen digitalen Gebärdensprachdolmetschdienst schaffen, der über eine **WIS-App** täglich rund um die Uhr erreichbar ist. Die Finanzierung muss dauerhaft durch das Land Berlin abgesichert werden…

2. Barrierefreie Frauenhäuser und Schutzunterkünfte

Frauenhäuser und Schutzwohnungen müssen über sichere, barrierefreie Kommunikationsmöglichkeiten verfügen. Dazu gehören insbesondere Videoverbindungen, visuelle Alarm und Klingelsysteme sowie der bedarfsgerechte Zugang zu Gebärdensprachdolmetschenden….

3. Eigenständige Fachberatung in Deutscher Gebärdensprache

Berlin benötigt ausreichend qualifizierte gehörlose Fachberaterinnen, an die sich gewaltbetroffene gehörlose Frauen unmittelbar wenden können..

Der Aufbau von Vertrauensverhältnissen, die Vertraulichkeit und die freie Wahl der Kommunikationsform müssen dabei gewährleistet sein…

4. Barrierefreie Notrufe und Polizeikontakte

Gehörlose Frauen müssen Polizei, Rettungsdienste und Kriseneinrichtungen jederzeit ohne lautsprachliche Telefonkommunikation erreichen können..

Die bundesweite Notruf-App sowie ergänzende gebärdensprachliche Unterstützungsangebote müssen stärker in die Berliner Informations- und Präventionsarbeit einbezogen werden…

5. Dauerhafte Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschenden

Für Dolmetscheinsätze bei Gewaltschutz, Krisenintervention, Beratung und behördlichen Kontakten müssen die erforderlichen finanziellen Mittel dauerhaft sichergestellt werden..

Kommunikative Barrierefreiheit darf nicht von kurzfristigen Projektmitteln oder individuellen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein….

6. Prävention und Information in Deutscher Gebärdensprache

Informationen über Frauenrechte, häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Schutzmöglichkeiten und Beratungsangebote müssen in Deutscher Gebärdensprache bereitgestellt werden..

Gleichzeitig sollen Fachkräfte in den Bereichen Polizei, Justiz, Gesundheitswesen und soziale Beratung regelmäßig zur Kommunikation mit gehörlosen Menschen weitergebildet werden..

7. Politische Mitbestimmung und Beteiligung gehörloser Expertinnen

Gehörlose Frauen, gehörlose Fachkräfte und ihre Interessenvertretungen müssen bei der Weiterentwicklung der Berliner Gewaltschutzstrategie und bei der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes aktiv beteiligt werden…

Darüber hinaus sollte der spezifische Unterstützungsbedarf gehörloser Frauen in zukünftigen Bedarfsanalysen und unter Wahrung des Datenschutzes auch statistisch besser erfasst werden…

Berlin muss kommunikative Sicherheit gewährleisten

Gehörlose Frauen haben das gleiche Recht auf Sicherheit, Schutz und Selbstbestimmung wie hörende Frauen. Es darf nicht sein, dass eine Frau in einer akuten Gewaltsituation aufgrund fehlender Kommunikationsmöglichkeiten keine Hilfe erhält. Wir brauchen dauerhaft finanzierte, gesetzlich abgesicherte und rund um die Uhr erreichbare Angebote in Deutscher Gebärdensprache, erklärt Steffen Helbing, 1. Vorsitzender des Gehörlosenverbandes Berlin e.V.

Der Gehörlosenverband Berlin e.V. ruft den Berliner Senat, das Abgeordnetenhaus von Berlin und die zuständigen Einrichtungen dazu auf, gemeinsam mit der Gehörlosen und Gebärdensprachgemeinschaft konkrete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Der Verband steht für einen konstruktiven fachlichen und politischen Austausch zur Verfügung….

Keine Gewalt. Keine Sprachbarrieren. Gleiche Rechte für alle Frauen.

Über den Gehörlosenverband Berlin

Der Gehörlosenverband Berlin e.V. vertritt die politischen, sozialen, sprachlichen und kulturellen Interessen gehörloser Menschen in Berlin. Er engagiert sich für Barrierefreiheit, die Stärkung der Deutschen Gebärdensprache, gesellschaftliche Selbstbestimmung und gleichberechtigte politische Teilhabe…

Pressekontakt

Steffen Helbing
1.Vorsitzender des Gehörlosenverbandes Berlin e.
2.Vorsitzender Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen Berlin/Brandenburg e.V.
Mitglied im Landesbehindertenbeirat Berlin
Leiter Kommunikation und Gebärdensprache KUG im LBB bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Berlin, den 25. November 2026